



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

28. August 2023

Ägypten

Verleger und Aktivist aufgrund von Beleidigung verhaftet

Am 21.08.23 nahmen die Behörden Medienangaben zufolge den Verleger und politischen Aktivist, Hisahm Kassem, wegen Beleidigung und Beschimpfung von Staatsbediensteten fest.

Kassem ist ein Mitbegründer der sich im Juni 2023 formierten politischen Gruppe al-Tayar al-Hurr. Die Gruppe plant, bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr eine Gegenkandidatin oder einen Gegenkandidaten zum derzeitigen Staatspräsidenten Abdel Fattah al-Sisi zu unterstützen. Es wird erwartet, dass al-Sisi erneut antritt.

Familienangehörige von im Ausland lebenden regierungskritischen Personen verhaftet

Zahlreiche Medien berichten von der Verhaftung Gamal Abdelhamid Siada, Vater des im Exil lebenden Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Ahmed Gamal Siada, am 22.08.23 durch die Sicherheitsbehörden. Siada, wird die missbräuchliche Verwendung von sozialen Medien, die Verbreitung von Falschnachrichten sowie die Mitgliedschaft in einer verbotenen Vereinigung vorgeworfen.

Ebenfalls von den Sicherheitsbehörden verhaftet wurde laut Medienberichten am 18.08.23 Alaa Eladly bei seiner Einreise am Kairoer Flughafen. Er ist der Vater von Fagr Eladly, einer in Deutschland lebenden deutsch-ägyptischen Ärztin, welche den derzeitigen Staatspräsidenten Abdel Fattah al-Sisi im Jahr 2015 auf einer Pressekonferenz in Deutschland scharf kritisiert hatte.

Mit der Verhaftung Siadas und Eladlys wollen die Behörden, so vermuten internationale Menschenrechtsorganisationen wie auch die Familien der Betroffenen, Einschüchterung und Druck auf Ahmed Gamal Siada und Fagr Eladly ausüben. Bereits in der Vergangenheit wurden Familienangehörige von im Ausland lebenden Regierungskritikerinnen und -kritikern regelmäßig Schikanen bis hin zu Verhaftungen durch die ägyptischen Behörden unterworfen.

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Nationale Widerstandsfront (NRF) hat nach eigenen Angaben am 25.08.23 in der Provinz Parwan einen Talibankämpfer getötet und zwei weitere verletzt. Nach eigenen Angaben hat die Afghanistan Freiheitsfront (AFF) am 27.08.23 in den Provinzen Laghman und Kandahar drei Talibankämpfer getötet und sieben weitere verletzt.

Verfolgungslage

Am 22.08.23 wurde ein Report der United Nations Assistance Mission Afghanistan (UNAMA) über die Verfolgung von Mitgliedern der ehemaligen Regierung durch die Taliban veröffentlicht. Im Zeitraum vom 15.08.21 bis zum 30.06.23 dokumentierte UNAMA mindestens 800 Fälle von Menschenrechtsverletzungen, darunter

außergerichtliche Tötungen (218), willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen (424), Folter und Misshandlung (144) sowie Verschwindenlassen von Personen (14), die mit der ehemaligen Regierung der Islamischen Republik Afghanistan und ihren Sicherheitskräften in Verbindung stehen. Medien berichten konstant von neuen Vorfällen. Am 23.08.23 haben Einwohner der Provinz Kandahar Vorwürfe erhoben, dass bestimmte örtliche Taliban-Führer private Gefängnisse betreiben, in denen sie Berichten zufolge ehemalige Beamte und Militärangehörige der Republik festhalten. Laut Meldung vom 22.08.23 wurde in der Provinz Parwan ein Militärbeamter der ehemaligen Regierung durch die Taliban festgenommen. Laut Medienberichten vom 23.08.23 wurde in der Provinz Herat ein junger Mann aus Panjshir, der in den Iran ausreisen wollte, von den Taliban inhaftiert und starb nach 22 Tagen Haft an der dort erlittenen Folter. Am 27.08.23 sollen die Taliban in der Provinz Laghman auf einen Autokorso einer Hochzeit geschossen haben, weil laute Musik gespielt wurde. Ein Student soll dabei getötet worden sein.

Weitere Einschränkungen für Frauen

Am 24.08.23 haben die Taliban ca. 100 Frauen, die ein Stipendium zum Studieren in Dubai erhalten hatten und in einem gecharterten Flugzeug dorthin reisen wollten, die Ausreise verboten. Teilweise hatten die Frauen die von den Taliban vorgeschriebene männliche Begleitung. Am 26.08.23 erklärte der von den Taliban ernannte Tugendminister Mohammad Khaled Hanafi, dass es Frauen verboten sei, die als Urlaubsort sehr beliebte Seenkette Band-e Amir in der Provinz Bamyān zu besuchen.

Algerien

Haftstrafen für Journalisten beantragt

Wie am 23.08.23 bekannt wurde, drohen zwei Journalisten eine jeweils dreijährige Haftstrafe. Mustapha Bendjemaa, Chefredakteur der Privatzeitung Le Provincial mit Sitz in Annaba, war wie Raouf Farrah, ein algerisch-kanadischer Forscher und Analyst der Globalen Initiative gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (GI-TOC), Mitte Februar 2023 festgenommen worden.

Bendjemaa wird beschuldigt, ausländische Gelder erhalten, gegen die öffentliche Ordnung verstoßen und vertrauliche Informationen veröffentlicht zu haben. Farrah sieht sich laut des Nationalen Komitees für die Freilassung von Gefangenen (Comité Nationale pour la Libération des Détenus - CNLD) dem Vorwurf ausgesetzt, Informationen und Dokumente, deren Inhalt als teilweise oder vollständig geheim eingestuft ist, online bzw. in sozialen Medien veröffentlicht zu haben.

Bangladesch / Myanmar

Sechster Jahrestag der Rohingya-Massenflucht aus Myanmar

Seit dem 25.08.23 protestieren Tausende Rohingya-Flüchtlinge in mehreren Lagern im Distrikt Cox's Bazar anlässlich des sechsten Jahrestages ihrer Massenflucht aus Myanmar. Die Proteste waren mit der Forderung nach einer sicheren Rückkehr in ihr Heimatland verbunden. Seit dem 25.08.17 beherbergt Bangladesch rd. 1,1 Mio. Rohingya, die durch gezielte Gewalt des myanmarischen Militärs vertrieben wurden, in Flüchtlingslagern in Cox's Bazar. Am 27.08.23 kündigte der bangladeschische Außenminister an, dass die Regierung noch in diesem Jahr mit der Rückführung von ca. 1.000 Rohingya-Flüchtlingen in ihr Heimatland beginnen wolle. Dabei müsse sichergestellt sein, dass Familien nicht auseinandergerissen werden. Seit 2022 hat die Kriminalität in den Flüchtlingslagern durch die Aktivitäten krimineller Gruppen zugenommen. So wurden in den vergangenen sechs Jahren offiziell 186 Tötungsdelikte in den Flüchtlingslagern gezählt. Davon ereigneten sich allein 85 zwischen dem 25.08.22 und 24.08.23. Diese Delikte sollen im Zusammenhang mit Drogenhandel, Erpressung, Entführung und Revierkämpfen der in den Lagern aktiven Gruppen, wie der Arakan Rohingya Salvation Army (Arsa) und der Rohingya Solidarity Organization (RSO), stehen.

Brasilien

LGBTIQ-Rechte: Urteil ermöglicht Haftstrafen für homophobe Hassrede

Gemäß einem am 22.08.23 ergangenen Urteil des Obersten Gerichtshofs steht homophobe Hassrede rechtlich nun auf einer Stufe mit rassistischer Hassrede und kann damit ebenfalls mit einer Gefängnisstrafe geahndet werden. Das jetzige Urteil verschärft nochmals eine 2019 ergangene Entscheidung, die kollektive Hassrede allgemein gegen die LGBTIQ-Community, nicht jedoch zwingend individuelle, homophobe Beleidigungen kriminalisierte. Organisationen, die sich für LGBTIQ-Rechte einsetzen, begrüßten das Urteil. Trotz fortschrittlicher Gesetzgebung sind Gewalt und gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität nach wie vor weit verbreitet. Transgender Europe zufolge sind zwischen 2008 und 2022 mehr als 1.740 Trans-Personen getötet worden. Laut der nationalen Beobachtungsstelle für Todesfälle und Gewalt gegen LGBTIQ in Brasilien sind 2022 mit 273 die meisten LGBTIQ-Personen weltweit getötet worden. Besonders betroffen waren Trans-Frauen und homosexuelle Männer. Dieser Negativtrend setzte sich auch im ersten Quartal 2023 mit 80 Tötungsdelikten fort.

Burkina Faso

Regierung verbietet Homosexualität im Fernsehen

Der Oberste Rat für Kommunikation der burkinischen Regierung hat am 24.08.23 die Ausstrahlung von Fernsehkanälen verboten, die Homosexualität öffentlich thematisieren. Medienberichten zufolge sei der Grund für das Verbot die Zunahme von audiovisuellen Programmen mit homosexuellen Inhalten, die u.a. für Minderjährige zugänglich sind.

Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften stoßen in Burkina Faso auf gesellschaftliche Ablehnung. Homosexualität kann in Burkina Faso, auch wenn es nicht explizit im Strafgesetzbuch steht, u.a. als „Störung der öffentlichen Ordnung“ strafrechtlich verfolgt und mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

Mutmaßliche Terroristen getötet

Die Einheit der burkinischen Polizei im Osten des Landes hat am 25.08.23 mindestens 30 als Terroristen bezeichnete bewaffnete Akteure getötet. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Burkina Fasos (Aib) zerstörten die Einsatztruppen der Nationalpolizei (Groupement d'unités mobiles d'intervention de la police nationale) und die paramilitärische Gruppe „Volontaires pour la défense de la patrie“ (VDP) eine Terroristenbasis in Yamba in der Provinz Gourma. Dabei sollen mindestens 13 weitere Mitglieder der terroristischen Vereinigung gefangen genommen worden sein. Nachrichten dieser Art sind in Burkina Faso keine Seltenheit (vgl. BN v. 21.08.23).

Ecuador

Ergebnis der vorgezogenen Wahlen; Stichwahl im Oktober 2023; weiterer Lokalpolitiker getötet

Bei den vorgezogenen Wahlen am 20.08.23 zogen die Linkspolitikerin Luisa González (Revolución Ciudadana) und der Mitte-Rechts-Kandidat Daniel Noboa (Wahlbündnis Acción Democrática Nacional, ADN) in die Stichwahl für das Präsidentschaftsamt am 15.10.23 ein. Laut Angaben der Obersten Wahlbehörde (CNE) vom 26.08.23 soll voraussichtlich die Abstimmung über die 137 Abgeordnetenmandate der Nationalversammlung aufgrund von technischen Problemen am Wahltag teilweise wiederholt werden. Betroffen davon sind ausschließlich die im Ausland lebenden, wahlberechtigten ecuadorianischen Staatsangehörigen.

Nach dem tödlichen Anschlag auf den Präsidentschaftskandidaten Villavicencio (vgl. BN v. 14.08.23) waren die Sicherheitsvorkehrungen für die Wahlen nochmals stark erhöht worden, die Wahlbeteiligung war hoch. Im Vorfeld des Urnengangs war zudem am 14.08.23 mit Pedro Briones (Revolución Ciudadana) erneut ein Politiker in der Gemeinde San Mateo, Provinz Esmeraldas getötet worden.

El Salvador

Kritik an Hotline zur anonymen Anzeige vermeintlicher Bandenmitgliedschaft

Die salvadorianische Regierung hatte bereits im Mai 2022 eine Telefonhotline eröffnet, über die die Zivilgesellschaft vermeintliche Kollaborateure der Banden MS-13 oder Barrio 18 anonym anzeigen kann, deren Fälle dann polizeilich geprüft würden. Eine Reportage der spanischen Zeitung El País vom 26.08.23 unter Bezugnahme auf verschiedene nationale NGOs kritisiert diese Anzeigeform, welche es Menschen leicht ermögliche, auch Nachbarschaftsfehden oder persönliche Rechnungen auf diesem Weg zu begleichen. Die Organisation Socorro Jurídico gibt an, viele entsprechende Fälle einer Denunzierung zu kennen, etwa 14.000 Menschen seien ihren Schätzungen zufolge weiterhin unschuldig und ohne Bandenbezug inhaftiert. Der Artikel nennt beispielhaft mutmaßlich ungerechtfertigte Inhaftierungsfälle nach anonymem Hinweis; auch ein Richter kommt zu Wort, welcher von einer zunehmenden Beweislastumkehr im salvadorianischen Justizwesen spricht.

Irak

PKK-Türkei-Konflikt

Am 27.08.23 hat ein mutmaßlich türkischer Drohnenangriff im Ort Zangidar (Provinz Sulaimaniyya) auf ein Fahrzeug stattgefunden, Berichten zufolge kamen dabei drei PKK-Kämpfer ums Leben.

Bereits am 26.08.23 führte die Türkei Luftschläge im irakisch-türkischen Grenzgebiet in der Provinz Dohuk durch, nachdem tags zuvor ein türkischer Soldat bei einer Explosion ums Leben gekommen war. Im Zusammenhang mit den türkischen Luftschlägen wurden keine Personenschäden gemeldet.

Auch am 24.08.23 wurde ein türkischer Soldat mutmaßlich durch die PKK getötet. Noch am gleichen Tag führte die Türkei zwei Drohnenangriffe in Sidakan (Provinz Erbil) aus, wobei insgesamt sieben PKK-Anhänger getötet wurden.

Der türkische Außenminister Hakan Fidan befand sich am 24.08.23 auf einem offiziellen Besuch in Erbil, u.a. forderte er dabei die irakische Regierung auf, die PKK als Terrororganisation einzustufen.

Räumung von mit Landminen verseuchten Flächen kommt voran

Der irakische Umweltminister Nizar Amidi gab am 21.08.23 bekannt, dass 59 % der von Landminen verseuchten Fläche in Irak geräumt seien. Die verbliebenen 41 % entsprechen rd. 2.000 km².

Irak gilt aufgrund der Vielzahl an Konflikten während der vergangenen Jahrzehnte als eines der am stärksten mit Landminen kontaminierten Länder, zuletzt hatte der IS großflächig Minen eingesetzt.

Rückzug der Partei Emtidad

Die aus der Protestbewegung 2019 (Tishreen-Bewegung) hervorgegangene Partei Emtidad hat am 21.08.23 verkündet, nicht an den anstehenden Provinzwahlen am 18.12.23 teilnehmen zu wollen. Als Grund nannte die Partei zeitliche Verzögerung bei der Wahl einer neuen Parteispitze.

Die Tishreen-Bewegung von 2019 hatte v.a. gegen das bestehende politische System, Korruption und die hohe Arbeitslosigkeit protestiert.

Pressefreiheit in Autonomer Region Kurdistan (KR-I)

Am 24.08.23 wurde der Journalist Islam Kashani festgenommen. Kurdische Behörden gaben als Grund für die Verhaftung mutmaßliche Verbindungen zur PKK an, das Committee to Protect Journalists (CPJ) mit Sitz in den USA sieht den Grund hingegen in der Kritik Kashanis an der kurdischen Regionalregierung. Kashani wurde am 26.08.23 auf Kautions freigelassen.

Unterdessen befinden sich die Journalisten Sherwan Sherwani und Guhdar Zebari weiterhin in Haft. Beide sitzen seit Oktober 2020 im Gefängnis und hätten im August bzw. September 2023 freigelassen werden sollen; Sherwani wurde im Juli 2023 zu weiteren vier Jahren Haft verurteilt (vgl. BN v. 24.07.23), gegen Zebari wurden am 16.08.23 weitere Anklagen erhoben.

Die Prozesse gegen Sherwani und Zebari werden sowohl von zahlreichen NGOs als auch in einer Pressemeldung des Auswärtigen Amtes als nicht rechtsstaatlich und unfair eingestuft. Sherwani und Zebari hatten zuvor an Demonstrationen gegen die kurdische Regionalregierung teilgenommen.

Die Presse- und Meinungsfreiheit in der KR-I wird zunehmend eingeschränkt. Immer wieder kommt es zu Übergriffen gegen Journalistinnen und Journalisten sowie Aktivistinnen und Aktivisten, insbesondere, wenn diese die kurdische Regionalregierung kritisieren.

Iran

Haftstrafe gegen prominenten Hochschulaktivisten bestätigt

Medienberichten zufolge wurde die mehrjährige Haftstrafe gegen einen prominenten ehemaligen Initiator von Studierendenprotesten der Teheraner Amir-Kabir-Universität durch ein Berufungsgericht bestätigt. Dies habe der verurteilte Aktivist über soziale Medien bekannt gegeben.

Demnach belaufe sich das Strafmaß auf insgesamt sechs Jahre Gefängnis. Zusätzlich sei er zu jeweils zwei Jahren Verbannung aus Teheran und einem Ausreiseverbot verurteilt worden. Außerdem wurde ein zweijähriges Verbot virtueller Aktivitäten gegen ihn verhängt.

Der verurteilte Protestanführer wurde erstmalig im Jahr 2007 verhaftet und war von 2009 bis 2013 inhaftiert. Mit Beginn der landesweiten Proteste im September 2022 wurde er erneut vorübergehend inhaftiert.

Hafturteile gegen acht Personen aufgrund von Mordvorwürfen an Sicherheitskraft bestätigt

Laut Medienberichten vom 23.08.23 wurden acht Personen, darunter eine Frau, im Zusammenhang mit dem Tod eines Mitgliedes der Freiwilligenmiliz Basij während der landesweiten Proteste im Jahr 2022 in Karaj (Provinz Alborz) zu Haftstrafen zwischen fünf und 15 Jahren verurteilt. Das Urteil sei vom Obersten Gerichtshof nach einem Berufungsverfahren bestätigt worden. Den Verurteilten werde u.a. Beihilfe zum Mord vorgeworfen. Zwei männliche Personen wurden im Januar 2023 als Haupttäter in dem Fall zum Tode verurteilt und hingerichtet (vgl. BN v. 12.12.22 u. 09.01.23).

Verurteilung eines kurdischen Menschenrechtsaktivisten

Ein kurdisches Menschenrechtsnetzwerk berichtete am 24.08.23, dass ein Aktivist und Lehrer aus Sanandaj (Provinz Kordestan) am 22.08.23 zu einem Jahr Gefängnis, einer Verbannungsstrafe in das Dizel Abad-Gefängnis in Kermanshah (gleichnamige Provinz) und zu 40 Peitschenhieben verurteilt wurde.

Dem Mann werde u.a. die Störung der öffentlichen Ordnung und Propaganda gegen das System vorgeworfen. Er sei bereits am 06.01.23 und am 18.01.23 in Sanandaj kurzzeitig verhaftet und im Februar 2023 gegen Kautionszahlung freigelassen worden.

Libanon

Jnoud el-Rab

Am Abend des 23.08.23 kam es im Beiruter Stadtteil Mar Mikhail zu einem verbalen Angriff der christlichen Gruppe Jnoud el-Rab („Soldaten des Herrn“) auf Besucherinnen und Besucher einer Bar, die bekanntermaßen auch einen Treffpunkt für Homosexuelle in der Gegend darstellt. Der Straßenzug ist von Nachtleben geprägt.

Auf einem online kursierenden Video, das aus der Gruppe heraus aufgenommen wurde, ist zu sehen, wie sich die Gäste des Lokals innerhalb desselben verbarrikadieren. Die Gruppe macht seit einigen Monaten von sich reden und soll etwa 100 Personen umfassen. Das Video sorgte für eine angespannte öffentliche Debatte. Libanon gilt zwar als eines der LGBTIQ-freundlichsten Länder der Region, jedoch hat gegen sexuelle Minderheiten gerichtete Rhetorik in den letzten Jahren stark zugenommen. In der politischen Debatte sowie online gab es für die Gruppe erhebliche Unterstützung u.a. von extremistischer islamischer wie christlicher Seite, aber auch von vielen säkularen Stimmen. Oftmals wurden eher die Methoden als die Zielsetzung der Gruppe angegriffen oder Kritik an der Beeinträchtigung des wirtschaftlich wichtigen Nachtlebens geäußert. Öffentliche Unterstützung für die Angegriffenen gab es jedoch auch, ebenso wie generelle Verurteilungen von Angriffen auf Personen. Insgesamt zeigt sich eine Tendenz zur Verschlechterung der Lage für LGBTIQ-Personen.

Libyen

Wiedervereinigung der Zentralbank angekündigt

Am 20.08.23 kündigte die libysche Zentralbank ihre Wiedervereinigung an. Das Finanzinstitut ist seit 2014 in eine westliche und eine östliche Einheit aufgeteilt, nachdem sich im Rahmen des 2014 begonnenen Bürgerkrieges eine Parallelregierung im Osten des Landes gebildet hatte. Die in Tripolis verbliebene Einheit hatte sich der ebenfalls in der Hauptstadt ansässigen Regierung angeschlossen. Die im ostlibyschen Benghazi etablierte Einheit der Zentralbank hatte dagegen die ebenfalls im Osten ansässige Regierung unterstützt.

Die libysche Zentralbank erhält die Öleinnahmen des Landes und ist für deren Verteilung zuständig. In der Vergangenheit hatte dies immer wieder zu Spannungen zwischen den beiden Lagern geführt. Von Seiten der ostlibyschen Regierung und deren Unterstützenden wurde der Vorwurf geäußert, dass die meisten dieser Einnahmen nach Tripolis gingen, obwohl ein Großteil des Erdöls aus dem Osten des Landes stamme.

Führendes IS-Mitglied verhaftet

Angaben der Behörden zufolge haben diese am 22.08.23 ein führendes Mitglied des IS verhaftet. Die inhaftierte Person sei wesentlich an der Planung und Durchführung von drei IS-Angriffen in Tripolis im Jahr 2018 beteiligt gewesen. Dazu zählen der Anschlag auf die Zentrale der nationalen Wahlkommission (High National Election Commission) im Mai 2018, bei dem 14 Menschen getötet wurden, der Angriff auf den Hauptsitz der National Oil Corporation (NOC) im September 2018, der zu zwei toten und zehn verletzten NOC-Mitarbeitenden führte sowie der Anschlag auf ein Gebäude des Außenministeriums Ende Dezember 2018, welcher drei Todesopfer forderte.

Marokko

König spricht Begnadigungen aus

Zum Tag der Jugend am 21.08.23 hat König Mohammed VI. 760 Begnadigungen ausgesprochen. Bei den Begnadigungen handelt es sich um Haftverkürzungen, Umwandlungen von lebenslangen Haftstrafen in feste Haftstrafen, Erlassen von Haft- oder Resthaftstrafen (601 und 37 Personen) sowie Aufhebungen von Geldstrafen (107 Personen).

Niger

Aktuelle Entwicklungen

Die Afrikanische Union (AU) hat am 22.08.23 öffentlich bekanntgegeben, Nigers Mitgliedschaft zu suspendieren. Die Entscheidung ist nach Angaben der AU bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Niger gültig. Die AU unterstütze die Bemühungen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die verfassungsmäßige Ordnung in Niger wiederherzustellen. Nach den Militärputschen in Burkina Faso und Mali hatte die AU auch deren Mitgliedschaften vorübergehend suspendiert.

Mali und Burkina Faso haben nach Angaben von Medienberichten vom 23.08.23 Kampfflugzeuge in Niger stationiert, nachdem ECOWAS die Aktivierung einer Einsatztruppe zur gewaltsamen Wiedereinsetzung des gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum bereitgestellt hatte. Nigeria hat sich Medienberichten zufolge bereit erklärt, den Großteil der Truppen und Waffen für ECOWAS zu stellen.

Die seit dem Militärputsch regierende Junta hat am 24.08.23 ein Militärbündnis mit den Nachbarländern Burkina Faso und Mali geschlossen. Dies geht aus Medienberichten hervor. Demnach habe Niger die Streitkräfte von Mali und Burkina Faso ermächtigt, im Falle eines Angriffs zu intervenieren und ihre Truppen nach Niger zu entsenden. Das Abkommen ermögliche militärischen Beistand, sollte es zu einer militärischen Intervention gegen die Putschisten in Niger kommen. Ein ähnliches Abkommen besteht bereits zwischen Burkina Faso und Mali, die ebenfalls von Militärregierungen geführt werden.

Medienberichten zufolge hat die Junta am 26.08.23 ihre Streitkräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Angesichts einer möglichen militärischen Intervention durch ECOWAS seien mögliche Feindkontakte sofort der militärischen Hierarchie zu melden. Nach Angaben des Brigadegenerals Moussa Salaou Barmou gehe es darum, den Gegnern einen Überraschungseffekt zu verwehren. ECOWAS hatte eine Eingreiftruppe zum Einsatz in Niger

bereitgestellt (vgl. BN v. 21.08.23). Gleichzeitig sei es Priorität, eine friedliche Lösung zu suchen, um die verfassungsmäßige Ordnung in dem westafrikanischen Land wiederherzustellen.

Mehrere Todesopfer bei Angriff

Mutmaßliche Dschihadisten haben am 20.08.23 zwölf nigrische Mitglieder des Militärs in der Region Tillabéri im Südwesten des Landes getötet.

Die Region Tillabéri liegt im sogenannten Dreiländereck bei Burkina Faso und Mali und ist ein Zufluchtsort für Sahel-Dschihadisten, die der al-Qaida und dem IS angehören. Angriffe bewaffneter Gruppen sind in der Region trotz des Einsatzes von Anti-Dschihadisten-Truppen keine Seltenheit.

Nigeria

Norden: Mehrere Entführungen

Gewaltbereite Akteure haben am 19.08. und 25.08.23 insgesamt mindestens 13 Personen bei zwei getrennten Vorfällen im Bundesstaat Zamfara entführt. Medienberichten zufolge sind Mitglieder des National Youth Service Corps (NYSC), ein Dorfoberhaupt und mehrere Sesshafte eines landwirtschaftlichen Betriebes unter den Entführten. Es soll Lösegeld gefordert worden sein.

Bewaffnete, als Banditen bezeichnete Akteure, haben am 21.08.23 Dörfer in den Local Government Areas (LGA) Ningi und Toro im Bundesstaat Bauchi überfallen und dabei mindestens 13 Personen entführt.

Mitglieder der islamistischen Gruppierung Boko Haram haben am 22.08.23 mindestens 48 Frauen in der LGA Mafa im Bundesstaat Borno auf ihren Feldern entführt. Nach Angaben eines Experten für die Tschadregion seien sie am 23.08.23 wieder befreit worden, da ihre Familienmitglieder Lösegeld an die Boko Haram bezahlt hatten. Mitglieder der Boko Haram entführten am 27.08.23 außerdem mindestens acht Sesshafte in einem Dorf in der Nähe von Maiduguri im Bundesstaat Borno.

Entführungen gegen Lösegeld sind im Norden Nigerias keine Seltenheit (vgl. BN v. 17.07.23, 31.07.23 u. 07.08.23).

Pakistan

Kampfhandlungen in Khyber Pakhtunkhwa

Am 22.08.23 wurden bei einem Feuergefecht im zur Provinz Khyber Pakhtunkhwa gehörenden Stammesdistrikt Nord-Waziristan sechs pakistanische Soldaten und vier Mitglieder der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) getötet.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Verletzter Palästinenser stirbt nach Razzia

Am 26.08.23 wurde berichtet, dass ein 20-jähriger Palästinenser aus der Stadt Jaba in der Nähe von Jenin, einen Monat nachdem er bei der Razzia der israelischen Armee im besetzten Westjordanland (vgl. BN v. 10.07.23) angeschossen wurde, seinen Verletzungen erlegen ist.

Mit der Todesmeldung erhöht sich die Zahl der im Zusammenhang mit der zweitägigen Razzia Getöteten auf 14 Personen. Die israelische Armee gab an, den Kämpfergruppen im Flüchtlingslager Jenin schwere Schäden zugefügt und bei der Razzia Waffen und Geld beschlagnahmt zu haben.

Russische Föderation

„Gruppe Wagner“: Führungspersonal bei Flugzeugabsturz getötet

Zwei Monate nach dem gescheiterten Aufstand der privaten paramilitärischen Organisation „Gruppe Wagner“ gegen die russische Militärführung (vgl. BN v. 26.06.23) ist am 23.08.23 ein Zivilflugzeug des Militärunternehmens auf dem Weg von Moskau nach St. Petersburg mutmaßlich infolge einer Explosion an Bord abgestürzt. Nach Angaben des föderalen Ermittlungskomitees unter Berufung auf eine DNA-Untersuchung der Überreste sind bei dem Vorfall alle zehn Insassen ums Leben gekommen, darunter Jewgeni Prigoschin, der Leiter des Unternehmens,

sowie die Verantwortlichen für die Bereiche militärische Operationen und Logistik, Dimitri Utkin und Waleri Tschekalow. Während die Präsidentsverwaltung eine Beteiligung der russischen Führung an dem Absturz zurückgewiesen hat, gehen zahlreiche westliche Beobachtende aus Politik, Wissenschaft und Sicherheitskreisen von einem staatlich beauftragten Attentat aus. So wertet u.a. die Denkfabrik Institute for the Study of War den Absturz als von Präsident Putin angeordneten Akt der Vergeltung, um für den als Verrat und Demütigung empfundenen Marsch Prigoschins auf Moskau im Juni 2023 Rache zu nehmen sowie potentielle Herausforderer und Kritiker der Kriegsführung in der Ukraine diesmal aus dem nationalistischen Lager in die Schranken zu weisen. Im Gefolge des gescheiterten Aufstands sollen die russischen Behörden Medienberichten zufolge die Marginalisierung der „Gruppe Wagner“ betreiben und in diesem Zusammenhang Söldner der Gruppe für private, vom Verteidigungsministerium kontrollierte Militärdienstleister abgeworben haben. Daneben sollen mindestens 13 hochrangige Angehörige der regulären Streitkräfte in den Wochen nach der Rebellion festgenommen und 15 weitere suspendiert oder entlassen worden sein, unter letzteren der Oberbefehlshaber der Luft- und Raumfahrttruppen und wichtige Verbündete Prigoschins, Sergej Surowikin. Eine ursprünglich mitunter erwartete größere Säuberungswelle gegen Wagner-Angehörige und Sympathisanten ist nach Beobachtungen der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden hingegen (bislang) ausgeblieben.

Senegal

Petition für die Freilassung von Sonko

Mehr als 140 hochrangige Persönlichkeiten aus dem Senegal und anderen Ländern haben nach Angaben von Medienberichten vom 21.08. bis 24.08.23 eine Petition unterzeichnet, in der sie Staatspräsident Macky Sall auffordern, den Oppositionspolitiker Ousmane Sonko freizulassen und die Auflösung seiner Partei PASTEF rückgängig zu machen. Medienberichten zufolge schadet die Petition der Intellektuellen der aktuellen Regierung. Der inhaftierte Oppositionspolitiker ist u.a. wegen Aufruf zum Aufstand angeklagt und befindet sich seit 16.08.23 auf der Intensivstation, da er sich seit dem 31.07.23 im Hungerstreik befindet (vgl. BN v. 21.08.23).

Simbabwe

Polizei verhaftet während der Wahlen zahlreiche NGO-Mitarbeitende und Wahlbeobachtende

Pressberichten zufolge sind während den Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen in Simbabwe am 23.08.23 etwa 40 Mitarbeitende von zivilgesellschaftlichen Organisationen festgenommen worden. Laut lokalen Medienberichten werden sie wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz angeklagt. So teilte die simbabwische Polizei am 24.08.23 mit, dass zahlreiche Wahlbeobachtende unter Arrest stehen. Es handele sich bei den betroffenen Organisationen um das Zimbabwe Election Support Network, das Election Resource Centre und das Team Pachedu. In Harare und Bulawayo mussten die Wahlen in vielen Wahlbüros verlängert werden, weil viele Wahllokale aus Mangel an Stimmzetteln nicht pünktlich öffnen konnten. Die Opposition beschwerte sich über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, die dazu führten, dass die Wahlen am 24.08.23 fortgesetzt werden mussten. Ein Dekret des Präsidenten erlaubte den betroffenen Wahlkreisen, die Abstimmung um einen weiteren Tag zu verlängern.

Somalia

Einnahme eines Armeestützpunktes durch die SSC-Miliz

In einer Erklärung am 25.08.23 teilte die SSC-Miliz, eine bewaffnete Einheit die sich aus den drei umstrittenen Regionen Sool, Sanaag und Cayn zusammensetzt und die der somalischen Regierung treu ist, mit, sie habe Goojacade, einen wichtigen Stützpunkt der somaliländischen Streitkräfte außerhalb Las Anods, und weitere Kontrollpunkte nach heftigen Kämpfen unter ihre Kontrolle gebracht. Berichten zufolge soll es dabei zu Todesopfern auf beiden Seiten gekommen sein. Darüber hinaus sollen Angehörige der somaliländischen Armee gefangen genommen worden sein. Offiziellen somaliländischen Quellen zufolge bereitet sich die Armee auf einen Gegenangriff vor. Berichten zufolge finde eine militärische Mobilisierung in Las Anod statt. In einer von internationalen Partnern Somalias, darunter der Afrikanischen Union, der EU und der UN, wurde die Eskalation

„aufs Schärfste verurteilt“. Seit Anfang 2023 kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen dem somaliländischen Militär und der Miliz (vgl. BN v. 13.02., 27.02., 06.03., 24.04. u. 26.06.23).

Rückeroberung von wichtiger Hochburg al-Shabaabs

Am 25.08.23 hat die somalische Armee mit Unterstützung verbündeter Milizen nach tagelangen gewaltsamen Zusammenstößen die Stadt El Buur (Region Galguduud), eine strategisch wichtige Stadt, von al-Shabaab zurückerobert. El Buur stand seit 2017 unter der Kontrolle al-Shabaabs. Es handelt sich um einen der größten Erfolge seit Beginn der Militäroffensive gegen al-Shabaab im August 2022 (vgl. BN v. 10.10.22, 23.01. u. 17.04.23).

Sudan

Sicherheitslage

Der Organisation Darfur Bar Association (DBA) zufolge häufen sich Berichte über den Einsatz von Kindersoldaten in den Reihen der Rapid Support Forces (RSF) sowie der sudanesischen Armee (SAF). Demnach seien unter gefallenen Soldaten beider Armeen Kinder gefunden worden, die die entsprechenden Uniformen trugen. Zudem stützt die DBA ihre Vorwürfe auf Videomaterial, welches Kindersoldaten während der Bedienung von militärischen Kraftfahrzeugen zeigen soll.

Am 24.08.23 zeigte sich der Befehlshaber der SAF, al-Burhan, zum ersten Mal seit Beginn der Kämpfe im April 2023 außerhalb des Befehlsstandes in Khartum. Nach Truppenbesuchen an verschiedenen Orten in Sudan solle al-Burhan nach Ägypten und Saudi-Arabien reisen, um dort Gespräche über den laufenden Konflikt und einen möglichen Frieden zu führen.

Humanitäre Lage

Am 25.08.23 warnten die UN davor, dass der momentane Konflikt eine außerordentlich schlechte humanitäre Lage zur Folge habe. Hunger, Krankheit und Vertreibung würden das gesamte Land bedrohen. In Südkordofan seien die Nahrungsmittelvorräte nahezu vollständig aufgebraucht worden, da Hilfsorganisationen aufgrund der Kampfhandlungen keinen direkten Zugang mehr zu den notleidenden Regionen hätten.

Syrien

Südsyrien: Andauernde Proteste

In Suweida Stadt und zahlreichen weiteren Ortschaften setzten sich die Proteste fort, die durch die schlechte wirtschaftliche Lage, ausgelöst wurden (vgl. BN v. 21.08.23).

In Dar'a fanden in mehreren Ortschaften ebenfalls Demonstrationen statt. Die Teilnehmenden in beiden Gouvernements forderten den Sturz der Regierung und das Zurückdrängen des iranischen Einflusses in der Region. In Suweida Stadt blockierten Demonstrierende die Büros der regierenden Baath-Partei.

Nordosten: Ein Toter durch türkischen Luftangriff

Am 24.08.23 wurde im Nordosten Syriens eine Zivilperson bei einem Angriff durch eine mutmaßlich türkische Kampfdrohne auf ein Auto getötet. Der Getötete war Medienberichten zufolge durch einen regionalen Mediensender als Fahrer für eine Journalistin engagiert worden, die bei dem Angriff verletzt wurde.

Der Angriff ereignete sich auf einer Hauptverkehrsstraße nahe der Stadt Qamishli im durch die kurdisch-geführten SDF kontrollierten Nordosten.

Mehrere israelische Luftangriffe

Am 21.08.23 soll syrischen Staatsmedien zufolge ein israelischer Luftangriff auf Ziele nahe der Hauptstadt Damaskus einen syrischen Soldaten verwundet haben.

Ein Luftangriff auf den internationalen Flughafen in Aleppo am 28.08.23 zerstörte darüber hinaus eine Rollbahn und zwang den dortigen Betrieb vorübergehend zum Stillstand. In der Vergangenheit führte Israel bereits Luftschläge auf Flughäfen in durch die Regierung kontrollierten Gebieten aus, um Waffenlieferungen durch den Iran zu unterbinden.

Nordwesten: Zwei Tote durch russische Luftangriffe

Dem russischen Militär zufolge sollen am 21.08.23 bei russischen Luftangriffen auf Stellungen der in großen Teilen des Nordwestens kontrollausübenden Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) 17 Personen getötet worden sein. Die Angriffe galten Zielen in der Nähe der Stadt Idlib im gleichnamigen Gouvernement.

In der Nacht zum 23.08.23 starben zwei Zivilpersonen bei russischen Luftangriffen auf eine sich nicht mehr in Nutzung befindende Wasserstation, die ihnen als Unterkunft diente. Fünf weitere Personen wurden verwundet. Staatsmedien zufolge folgte hierauf ein Raketenangriff aus dem durch die islamistische HTS kontrollierten Nordwesten auf die Stadt Qardaha und tötete eine Person.

Am 26.08.23 sollen einem Bericht der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) zufolge etwa elf syrische Militärangehörige durch einen Angriff der mit al-Qaida verbündeten Ansar al-Tawhid getötet sowie 20 weitere verletzt worden sein.

Thailand

Neuer Regierungschef gewählt

Am 22.08.23 wählte das Parlament Srettha Thavisin von der ehemals größten Oppositionspartei Pheu Thai zum neuen Premierminister. Srettha führt künftig eine Koalition aus elf Parteien an, darunter die militärnahe und ehemalige Regierungspartei Palang Pracharath und die pro-militärische United Thai Nation. Die im Mai 2023 als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorgegangene progressive Move Forward Party (MFP) wird in der Opposition arbeiten. Vom Militär berufene Senatsmitglieder (Oberhaus des Parlaments) hatten die Ernennung des MFP-Spitzenkandidaten Pita Limjaroenrat zum Regierungschef blockiert, weil die Partei u.a. das Militär reformieren und den Majestätsbeleidigungsparagrafen abschaffen wollte, der zur Unterdrückung monarchiekritischer Stimmen genutzt wird. Pheu Thai bezeichnet sich als pro-demokratisch, teilt jedoch nicht die liberale Agenda der MFP. Beobachtende erwarten, dass Srettha zahlreiche Kompromisse mit konservativen Kräften eingehen wird und andernfalls aus dem Amt gedrängt werden könnte.

Türkei

Versuchter Anschlag auf Partei-Gebäude vereitelt

Am 20.08.23 hinterließ eine Person Sprengstoff und eine brennbare Substanz in einem von HDP und YSP (Yeşil Sol Parti, Grüne Linke Partei) gemeinsam genutzten Partei-Gebäude in der Provinz Adana. Zwei verdächtige Personen wurden festgenommen. Der Provinzverband der HDP Adana erklärte, eine Frau sei in das Gebäude gekommen und habe mehrere Flaschen, die sie aus ihrer Tasche genommen hatte, auf einer Treppe abgestellt und das Gebäude verlassen. Während die Polizei den Tatort untersuchte, wurden die Frau und eine weitere Person von Parteimitgliedern gefasst und der Polizei übergeben. Das Gouverneursamt von Adana erklärte auf seiner Website, die mutmaßliche Täterin sei „psychisch labil“ und habe widersprüchliche Antworten auf die Frage gegeben, warum sie versucht habe, den Anschlag zu verüben.

Zusammenführung von HDP und YSP

Während des Parteikongresses der HDP am 27.08.23 in Ankara hat die Partei formal die Zusammenführung von HDP und Yeşil Sol Parti beschlossen. Künftig ist die pro-kurdische HDP nur noch unter dem Banner der grün-linken YSP aktiv. Sie reagiert damit auf ein seit 2021 drohendes Parteiverbot, nachdem ihr eine Nähe zur PKK vorgeworfen wurde. Cahit Kirkazak and Sultan Ozcan wurden als neue Co-Vorsitzende gewählt.

Uganda

Festnahmen wegen gleichgeschlechtlicher Aktivitäten

Am 19.08.23 wurden Berichten zufolge vier Personen in Buikwe (Zentraluganda) aufgrund von angeblichen gleichgeschlechtlichen Handlungen festgenommen. Die Verhaftungen erfolgten im Rahmen einer Razzia in einem Massagesalon, nachdem die Polizei einem Hinweis aus der Bevölkerung nachgegangen ist. Im Mai 2023

verabschiedete Präsident Museveni den „Anti-Homosexuality Act“, der massive Strafen u.a. für homosexuelle Handlungen vorsieht (vgl. BN v. 05.06.23).

Ukraine

Zivile Kriegsopfer (Auswahl)

Unter Berufung auf ukrainische Behörden sollen bei russischen Artillerieangriffen am 22.08.23 in zwei Orten bei der Kleinstadt Lyman (Oblast Donezk) insgesamt drei Zivilpersonen getötet und weitere verletzt worden sein. Vier Personen wurden am 23.08.23 bei Beschuss des Grenzortes Seredyno-Buda (Oblast Sumy) verletzt. In der ebenfalls in der Region Sumy, jedoch im Landesinneren gelegenen Stadt Romny starben bei einem Angriff auf eine Schule, zwei Personen; mindestens drei wurden verletzt. In der Großstadt Dnipro gab es dem Gouverneur der Region vom 24.08.23 zufolge sieben Verletzte durch Raketenbeschuss. Ein russischer Angriff, der ein Café im Ort Podoly in der umkämpften Umgebung von Kupjansk (Oblast Charkiw) traf, tötete zwei Menschen und verletzte einen weiteren, wie am 26.08.23 berichtet wurde. Weiterhin sollen in der Nacht zum 28.08.23 bei einem Raketenangriff auf eine Industrieanlage in der seltener vom Kriegsgeschehen betroffenen Region Poltawa zwei Personen getötet und zwei verletzt worden sein; zwei weitere würden noch vermisst.

Weitere Entwicklung des Kriegsgeschehens

Fortgesetzt werden die Angriffe der Russischen Föderation auf die ukrainische Infrastruktur zur Lagerung und dem Vertrieb von Getreide in der Region Odessa. So wurden in der Nacht zum 23.08.23 der See-Donauhafen Ismajil beschädigt, mit der Folge geringerer Ausfuhrkapazitäten, und dabei auch erhebliche Mengen Getreide zerstört.

Direkte Gefechte wurden, ähnlich wie in den Vorwochen, entlang der Linie Kupjansk-Swatowe-Kreminna (Oblasten Charkiw und Luhansk), um Bachmut, entlang der Linie Awdijiwka-Donezk sowie in zentralen Gebieten der Region Saporischschja gemeldet. Beiden Seiten gelangen in den verschiedenen Frontabschnitten einzelne Vorstöße, analysierte das Institute for the Study of War (ISW). Insbesondere hätte die ukrainische Seite hinter dem Ort Robotyne (Oblast Saporischschja) vorrücken können. Später, am 27.08.23, ließ dies auch ein Vertreter der ukrainischen Armee verlautbaren.

Allgemein ist derzeit nach Angaben des ukrainischen Militärs eine Neuordnung der russischen Kräfte zu beobachten, was auf die Vorbereitung einer neuen russischen Offensive schließen lässt.

Auch die von der Russischen Föderation annektierte Halbinsel Krim ist weiterhin vom Krieg betroffen. Nach von Medien am 25.08.23 aufgegriffenen Angaben des russischen Verteidigungsministeriums hätten seine Streitkräfte 42 Drohnen über der Krim zerstört. Zwei Tage vorher war die Zerstörung eines Flugabwehrsystems auf der Krim durch den ukrainischen Militärgeheimdienst berichtet worden. Bereits zuvor war wiederholt von (abgewehrten) Angriffen ukrainischer Drohnen auf der Krim berichtet worden. Am 24.08.23, anlässlich des ukrainischen Nationalfeiertags (Unabhängigkeitserklärung 1991), sollen Spezialkräfte per Boot auf die Halbinsel übergesetzt haben. Nach ukrainischen Angaben habe man der russischen Armee Verluste zugefügt und die ukrainische Flagge hissen können; laut russischen Medien seien die ukrainischen Angreifer hingegen getötet worden.

Venezuela

Bekanntgabe des neuen Führungsgremiums des Obersten Wahlrates

Am 24.08.23 hat die von der Regierungspartei dominierte Nationalversammlung das neue Führungsgremium des Obersten Wahlrates (CNE) bekannt gegeben. Drei der neuen Hauptrektoren gelten als regierungsnah, zwei als oppositionsnah. Daneben wurden zehn Vertretende bestimmt. Neuer Vorsitzender wird der regierungsnah, Oberste Rechnungsprüfer Elvis Eduardo Hidrobo Amoroso. Seine Behörde hatte neben anderen oppositionellen Politikschaffenden zuletzt die Präsidentschaftskandidatin María Corina Machado für die Ausübung öffentlicher Ämter gesperrt.

